Anträge

Fachbereich IV

Aktenzeichen: 01.07.05

Vorlage Nr.: AN/0148/2014/1

Vorlage für die Sitzung		
Haupt- und Finanzausschuss	23.03.2015	öffentlich
Rat	20.04.2015	öffentlich

Beratungsgegenstand: **Antrag des Rats Herrn Bernd Beißen - CDU-Fraktion - vom 13.12.2014 betreffend Änderung der Zuständigkeitsordnung als Anlage zur Hauptsatzung der Stadt Rheinbach**

Anmerkungen zu Belangen von Seniorinnen und Senioren und Menschen mit Behinderungen:
keine

Haushaltsmäßige Auswirkungen/Hinweis zur vorläufigen Haushaltsführung:
keine

1. Beschlussvorschlag:

Dem Antrag wird zugestimmt.

Die Zuständigkeitsordnung der Stadt Rheinbach als Anlage zur Hauptsatzung der Stadt Rheinbach vom 27. Januar 2010 wird wie aus der beigefügten Anlage ersichtlich geändert.

2. Sachverhalt/Rechtliche Würdigung:

Der Antrag wurde in der Sitzung des Rates am 23. Februar 2015 zunächst zur weiteren Beratung in den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.

Der Antragsteller zielt in seiner Begründung auf eine Änderung der Zuständigkeitsordnung der Stadt Rheinbach als Anlage zur Hauptsatzung vom 27. Januar 2010 ab.

In dieser ist unter Ziffer 6.7 Absatz 3 Buchstabe d) geregelt, dass der Ausschuss für Schule, Bildung und Sport für alle Angelegenheiten des Sports, u. a. der Bäder zuständig ist.

In der Tat bedürfen nach der Übernahme des städtischen Freizeitbades durch die monte mare GmbH jedwede Maßnahmen einer zivilrechtlichen Einigung über Verträge, die auch aufgrund ihrer fiskalpolitischen Bedeutung zu Recht in die Zuständigkeit des Haupt- und Finanzausschusses fallen. Insofern teilt die Verwaltung die Einschätzung des Antragstellers, dass Beratungen und Entscheidungen zum Freizeitbad monte mare künftig nicht mehr im Ausschuss für Schule, Bildung und Sport erfolgen sollten.

Die Hauptsatzung und ihre Änderung können nur mit der Mehrheit der gesetzlichen Anzahl der Ratsmitglieder (qualifizierte Mehrheit) beschlossen werden (vgl. § 7 Abs. 3 Satz 3 Gemeindeordnung NRW (GO NRW)).

Bei Beschlüssen betreffend die Hauptsatzung stimmt der Bürgermeister mit ab.

Der Beschluss nach § 7 Abs. 3 Satz 3 GO NRW erfordert eine Mehrheit, die rechnerisch der Mehrheit der gesetzlichen Anzahl der Ratsmitglieder entspricht (36 Ratsmitglieder und Bürgermeister ergibt 37 Stimmberechtigte; die Mehrheit liegt bei 19 Stimmen).

Rheinbach, 25. Februar 2015

Gez. Unterschrift
Stefan Raetz
Bürgermeister

Gez. Unterschrift
Peter Feuser
Fachbereichsleiter

Anlagen:

- Antrag des Rats Herrn Bernd Beißel - CDU-Fraktion - vom 13.12.2014 betreffend Änderung der Zuständigkeitsordnung als Anlage zur Hauptsatzung der Stadt Rheinbach
- Entwurf der 2. Änderungssatzung der Zuständigkeitsordnung der Stadt Rheinbach als Anlage zur Hauptsatzung